

Herrn Bezirksbürgermeister  
Mike Homann  
Hauptstraße 85  
50996 Köln

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker  
Hist. Rathaus  
50667 Köln

In der Bezirksvertretung  
Rodenkirchen

**Torsten Ilg**

Bezirksrathaus Rodenkirchen  
Hauptstr. 85  
50996 Köln

Tel: +49 (221) 84 66 688  
Mobil: +49 (172) 60 76 376  
Mail: toifan@icloud.com

Eingang beim Bezirksbürgermeister:

**AN/1909/2017**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	22.01.2018

**Auswirkungen der Reform des Ordnungsdienstes „Zielbild 2020,, auf Rodenkirchen.**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

im Rahmen der Erarbeitung der Reform des Kölner Ordnungsdienstes, wurde in der Broschüre „Zielbild 2020“ darauf hingewiesen, dass seit der EU-Osterweiterung der Kölner Ordnungsdienst vor zahlreiche Probleme gestellt wird. Ein Lösungsvorschlag ist u.a. die massive Aufstockung des Personals. Medienberichten zufolge soll zukünftig auf ca. 330 Einwohner, je eine Ordnungskraft eingesetzt werden. - Für die Kölner FREIEN WÄHLER bitte ich deshalb, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung der BV-Rodenkirchen am 22.01.2018 zu setzen:

- 1.) Wird demnach auch der Stadtbezirk Rodenkirchen, entsprechend seiner Einwohnerzahl (ca. 105.000) zusätzliche Ordnungskräfte bekommen?
  - 2.) Werden zukünftig einzelne Mitarbeiter im Außendienst, langfristig an gewisse Einsatzgebiete (Hotspots) wie z.B. in Meschenich am Kölnberg, der Riviera Rodenkirchen und dem Vorgebirgspark zugeordnet, um somit für die Bürger als verantwortliche Amtspersonen vor Ort wahrnehmbar zu sein?
- Wenn ja, wie viele Mitarbeiter werden an obigen „Hotspots“ (Kölnberg, Riviera, Vorgebirgspark) voraussichtlich tätig sein?
  - Wie werden an den oben genannten „Hotspots“ Auffälligkeiten und störende Verhaltensweisen (Vermüllung, Lärmbelästigung, illegales Betteln und Campieren, Drogenkriminalität) in Zukunft besser, bzw. effizienter bekämpft?

- 3.) Die Zunahmen von Problemen durch Personengruppen, die im Zuge der EU-Osterweiterung nach Köln gekommen sind, belasten auch den Ordnungsdienst im Stadtbezirk von Rodenkirchen. Viele dieser Personen leben in Flüchtlings-, oder Obdachloseneinrichtungen, die auch vom Ordnungsdienst regelmäßig kontrolliert werden müssen. Im Kölner Haushalt 2018 wurden deshalb 650.000 Euro im Sozialetat für ein Paket niederschwelliger Hilfe- und Interventionsmaßnahmen für Zugereiste aus osteuropäischen EU-Staaten bereitgestellt.
- Erhält auch der Ordnungsdienst anteilig Zuweisungen aus diesem Paket?
  - Inwieweit profitiert der Ordnungsdienst von Fördermitteln und Programmen des Landes NRW, des Bundes-, und/oder der EU, um seine Aufgaben in solchen Einrichtungen im Stadtbezirk von Rodenkirchen besser wahrnehmen zu können?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Torsten Ilg